

# Liechtensteiner Volksblatt

Mit den amtlichen Publikationen aus dem Fürstentum Liechtenstein

Bezugspreise: Liechtenstein und Schweiz jährlich sFr. 24.—, halbjährlich sFr. 12.50, vierteljährlich sFr. 6.50 — Vorarlberg jährlich öS 260.—, halbjährlich öS 140.—, vierteljährlich öS 70.—, monatlich öS 19.—, übriges Ausland jährlich sFr. 42.—, halbjährlich sFr. 22.—, Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Schaan entgegen. Postscheckkonto: 90-2988 St.Gallen — Verwaltung und Redaktion: FL-9494 Schaan, Lindenplatz 115, Tel. (075) 2 49 49 / 2 49 50 — Druck: Buchdruckerei Gutenberg, FL-9494 Schaan (Fürstentum Liechtenstein). Einzelverkaufspreis: sFr. —.30 / öS 2.—



Anzeigenpreise: Einspaltige Millimeterzeile (36 mm) in Liechtenstein: Anzeigen 14,5 Rappen, Textreklame (74 mm) 50 Rappen. In der Schweiz: Anzeigen 18 Rappen, Textreklame 50 Rappen. In Vorarlberg und im übrigen Ausland: Anzeigen 19 Rappen, Textreklame 60 Rappen — Anzeigenannahme: Für das Fürstentum Liechtenstein: Verwaltung «Liechtensteiner Volksblatt», Lindenplatz 115, FL-9494 Schaan, Telefon (075) 2 49 49 und 2 49 50. Für die Schweiz und das übrige Ausland: «ASSA», Schweizer Annoncen AG, CH-9001 St.Gallen, Oberer Graben 3, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte der «ASSA»

AZ — FL-9494 Schaan, Donnerstag, 15. Januar 1970

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

103. Jahrgang — Nr. 7

## Wunsch zur Ablösung statt Alternativen

Wenn Demokratie nicht mehr verlangt als einen regelmässigen Machtwechsel, könnte man sich den Urnengang am 1. Februar 1970 schenken!

Am Dienstag, 18. November 1969 (Nr. 170), stellten wir uns an dieser Stelle die Frage nach den Alternativen der Vaterländischen Union, nachdem das «Liechtensteiner Vaterland» schon monatelang Chaosstimmung verbreitete und im gleichen Atemzug auf Ablösung drängte. Mit Schlagzeilen, wie «Keine Ahnung von Demokratie — Das Gleichgewicht ist gestört — Davonlaufen und Arbeiten — Billiger gehts nicht mehr — Weiterentwicklung blockiert — Regierungskrise perfekt» sollte die Notwendigkeit eines «Machtwechsels» unterstrichen werden.

### von Tag zu Tag

Am 18. November stellten wir in einem Leitartikel unserer Zeitung die Frage nach den Alternativen der Vaterländischen Union. Damals reagierte das «Vaterland» böse und nannte unseren Beitrag «Geschreibsel». Mit Ausnahme der Nomination von Dr. Alfred Hilbe zum Kandidaten der Union für das Amt des Regierungschefs sind bis heute noch keine Alternativen erkennbar. Man beschränkt sich weiterhin auf sonderbare Interpretationen über den Begriff Demokratie (Seite 1).

Die Verbesserung der Information als Grundlage für vermehrtes Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht der Bevölkerung an der politischen Arbeit unseres Staates steht im Mittelpunkt unseres heutigen Beitrages zur Artikelserie über das Arbeitsprogramm der Fortschrittlichen Bürgerpartei (Seite 1).

Die Volksabstimmung über die Initiative zum Finanzausgleich, die im Dezember 1969 zustande gekommen war und vom Landtag beschlossen wurde, wird am 1. März 1970 stattfinden. Das geht aus den Beschlüssen der Fürstlichen Regierung vom vergangenen Dienstag hervor. Wir verweisen auf unsere Meldungen und Berichte im Inlandteil der heutigen Ausgabe auf Seite 2 und 3.

Am 31. Dezember 1969 ist der Leiter des Eidgenössischen Arbeitsinspektorates in St.Gallen, Dr. Reinacher, wegen Erreichung der Altersgrenze in den Ruhestand getreten. Dr. Reinacher (zu dessen Arbeitsgebiet auch das Fürstentum Liechtenstein zählte) wurde in den Jahren seines beruflichen Wirkens zu einem echten Freund unseres Landes. Seinem Rücktritt ist ein Dankeswort auf Seite 2 gewidmet.

Obwohl im geschlagenen Biafra 5 Millionen Menschen vom Hungertod bedroht sind, wies der «siegreiche» nigerianische Staatschef Gowon jede ausländische Hilfeleistung zurück. Wir verweisen auf Seite 8 unserer Ausgabe.

Die Grosswetterlage bedingt eine zunehmende Verschlechterung des Wetters, die jedoch nur langsam bei uns Einzug hält. Vorderhand bleibt es tagsüber noch bis auf 1800 Meter bei Temperaturen um die Nullgradgrenze, die aber nachts bis auf minus sechs Grad absinken.

Zum Auftakt seiner Offensive hatte das Union-Organ folgenden Grundsatz (am 28. Juni 1969) formuliert: «Erste Obliegenheit einer Partei muss es sein, die Probleme unserer Zeit und unseres Staates dem Bürger so darzubieten, dass er eine Alternative zu anderen Parteien erkennt und sich nicht nur gefühlsmässig, sondern auch vernunftgemäss entscheiden kann.»

● **Allein, das Union-Organ blieb uns die vernunftgemässen Alternativen in der Folgezeit schuldig. Man beschränkte sich darauf, erbrachte Leistungen zu bagatellisieren, Bestehendes anzugreifen und in Frage zu stellen, ohne neue Lösungen oder neue Wege anzubieten.**

Auf unseren eingangs erwähnten Beitrag reagierte das Organ der «Vaterländischen Union» bitterböse. Man nannte unseren Beitrag (am 20. November) ein «Geschreibsel», das sich in «Raserei» äussere. Zur Sache selbst hiess es in der gleichen Ausgabe: «Zu den aufgeworfenen Fragen werden wir mit Sicherheit noch Stellung nehmen, aber erst dann, wenn wir wollen, nicht dann, wenn die anderen es gerne hätten.»

Nun ja. — Inzwischen sind fast zwei Monate vergangen. Es scheint, dass die Vaterländische Union bzw. ihr Parteioorgan mit der Stellungnahme zu unseren Fragen nach der Alternative immer noch zuwarten will, obwohl inzwischen nicht nur das böse «Volksblatt», sondern auch die liechtensteinischen Wähler ganz gerne gewusst hätten, wo die Alternative der Vaterländischen Union zu erkennen ist.

● **Die einzige Alternative, die bis jetzt offenbar wurde, ist jene des Regierungschefskandidaten. Seit Dienstag dieser Woche weiss man, dass der Kandidat der Vaterländischen Union für das Amt des Regierungschefs Dr. Alfred Hilbe heisst.**

Sachliche Alternativen sind aber auch nach der Veröffentlichung der Grundsatzklärung der Vaterländischen Union nicht sichtbar. Die rote Broschüre, die am Wochenende an die liechtensteinischen Wähler ging, trägt den Titel «Lebendige Demokratie». Im Schlusswort verlangt die VU den Regierungswechsel um damit die «untragbare Erstarrung in der Landespolitik

zu lösen.» Gleichzeitig heisst es, die «Ueberzeugungskraft der Argumente» müsse sich wieder durchsetzen.

Vor diesem Schlusswort stehen auf 15 Seiten Erklärungen zu Fragen der Aussenpolitik, der Staatspolitik, der Wirtschaftspolitik und anderen politischen Bereichen unseres Landes, die sinngemäss schon im FBP-Parteiprogramm von 1966 in verschiedenen öffentlichen Ansprachen des Regierungschefs während der letzten vier Jahre und in der (vom «Vaterland» so geschmähten) Artikelserie unserer Zeitung über die Entwicklung Liechtensteins seit 1945 zum Teil fast wörtlich nachzulesen sind. Was die Vaterländische Union der Bevölkerung als Grundsatzklärung vorlegt, deckt sich praktisch mit dem, was den Stimmbürgern einige Tage früher von der FBP in ihrer Programmvorlage unterbreitet wurde.

Wen wundert es dann, wenn der VU-Chefkandidat Dr. Alfred Hilbe an der Delegiertenversammlung vom 9. Januar 1970 sein Heil in Schlagworten suchte, als er ausführte:

● **«Das demokratische Spiel der Kräfte verlangt den regelmässigen Machtwechsel. Nur so bleibt der Bürger der wirkliche Souverän, der entscheidet und der nicht nur alle vier Jahre umworben sein will, um das zu schlucken, was man ihm vorkaut.»**

In der Tat, eine seltsame Auffassung von «lebendiger Demokratie». Wenn Demokratie nichts anderes verlangt als den regelmässigen Machtwechsel, dann könnte man sich den Urnengang am 2. Februar schenken. Ein regelmässiger Turnus ohne Entscheidungsrecht durch den Stimmbürger würde den gleichen Zweck erfüllen.

● **Demokratie bzw. demokratisches Spiel der Kräfte heisst eben nicht, jeder kommt einmal dran, ob er seine Berufung rechtfertigt oder nicht. Demokratie heisst gerade das Gegenteil. Demokratisches Spiel der Kräfte bedeutet, dass der Bürger alle vier Jahre neu gefragt wird, wen er mit der Regierungsverantwortung betrauen möchte. Der Stimmbürger kann sich als wirklicher Souverän für den einen oder den**

## Lassen Sie die Tat gelten!

«Ich möchte nicht auf Vergangenes zurückgreifen. Vergangenes ist nicht gefragt und wird nicht honoriert. Aber lassen Sie vielleicht eines gelten, die Tat, auch wenn vieles gemeinsam geleistet wurde und wenn auch nicht alles so ist wie es sein sollte. Ohne die eigenen Kräfte zu schonen, wurde enorm viel geleistet. Lassen Sie diese vergangenen Taten gelten für den Einsatz von morgen. Unser Land und unsere Menschen... unser kleines Staatswesen, das gerade in der heutigen, technisierten Welt einen besonderen Sinn und auch die Aussicht hat, durchzuhalten, wenn wir alle zusammenstehen... verdienen diesen Einsatz.»

Regierungschef Dr. Gerard Batliner an der Delegiertenversammlung der Fortschrittlichen Bürgerpartei vom 9. Januar 1970

anderen, aber auch für den gleichen entscheiden, wenn er mit dessen Leistungen einverstanden war und ihm den Auftrag zur weiteren Arbeit übertragen will.

Ueber die Frage, ob Machtwechsel eine demokratische Notwendigkeit ist, entscheidet nicht die Parteileitung der Vaterländischen Union, sondern der Stimmbürger aufgrund der ihm vorgelegten Leistungen, aufgrund der Zielsetzungen einer Partei und der Männer, die in der Lage sind, sein Vertrauen zu rechtfertigen.

FBP: Moderne Partei - Zeitgemässes Programm - Fähige Männer:

## Mehr Information + Mitbestimmung!

«Periodische Pressekonferenzen, öffentliche Referate von Regierungsmitgliedern und Amtsleitern aus ihrem Sachbereich sowie entsprechende Publikationen werden den Bürger vermehrt informieren.»

So lautet ein weiterer Punkt des von der Delegiertenversammlung der Fortschrittlichen Bürgerpartei am 9. Januar 1970 gutgeheissenen Grundsatzprogramms, der eine bessere Information der Öffentlichkeit durch den Staat herbeiführen wird. Eine ganze Reihe von Aufgaben und Problemen des Staates werden in der Bevölkerung mehr Verständnis finden, wenn frühzeitig und umfassend darüber informiert wird. Andererseits kann sich aber auch die Öffentlichkeit eine sachliche und kritische Meinung über die staatlichen Vorhaben bilden und allfällige Beschlüsse frühzeitig in ihrem Sinne beeinflussen.

● **Gerade in einem Kleinstaat wie Liechtenstein muss es möglich sein, die politische Arbeit transparenter zu gestalten und ein Höchstmass an Information zu vermitteln. Information ist die erste und wichtigste Voraussetzung für ein anderes Postulat der FBP: die vermehrte Mitsprache und das Mitbestimmungsrecht aller Kreise unserer Bevölkerung.**

Man kann und darf die Bevölkerung nur dann zur vermehrten Mitarbeit und Mitbestimmung in den politischen Fragen aufrufen, wenn man vorher bereit ist, über diese Fragen möglichst früh und klar zu informieren. Nur dann kann sich ein Bürger seine eigene Meinung zu

diesem oder jenem Thema bilden und dazu Stellung nehmen.

Dabei soll diese Information aber nicht vom Staat aus interpretiert und zur eigenen Rechtfertigung oder als Eigenpropaganda direkt an den Einzelnen weitergereicht werden. Dem Staat und seinen Instanzen kommt die Aufgabe der sachlichen Berichterstattung zu. Die Interpretation derselben muss der Bevölkerung selbst überlassen werden. Jeder Einzelne soll sich seine Meinung frei und unbeeinflusst bilden können.

● **Zunächst wird es darum gehen, periodische Pressekonferenzen nach einem von vorneherein festgelegten Terminplan durchzuführen. Diese regelmässigen Pressekonferenzen sollen nach einem noch festzulegenden Schema auf Beamtenebene verwirklicht werden. Regierungsmitglieder könnten von Fall zu Fall beigezogen werden.**

Bisherige Ansätze zu Pressekonferenzen mit der Regierung sind meist schon daran gescheitert, dass der Regierungschef von den Koalitionspartnern nicht als kompetenter, alleiniger Sprecher der Regierung anerkannt wurde. Stehen aber Regierungsmitglieder beider Parteien vor der Öffentlichkeit, so sind (nach bisherigen Erfahrungen) parteipolitisch bedingte Meinungsverschiedenheiten nicht immer auszuschliessen. Eine Tatsache, die dem Ansehen der liechtensteinischen Regierung bestimmt nicht zuträglich wäre.

● **Ausser den regelmässigen Pressekonferenzen,**

sollen die Mitglieder der Regierung bzw. die Leiter der Amtsstellen künftig nach einem festgelegten Terminplan öffentliche Referate und Diskussionen über Sachgebiete turnusgemäss in allen liechtensteinischen Gemeinden abhalten. Es geht darum, den direkten Kontakt zwischen Regierung und Bevölkerung zu intensivieren.

Das Gleiche, was hier für die Regierung vorgeschlagen wird, soll auch im Bereich des Landtags verwirklicht werden. Dabei ist zum Beispiel zu prüfen, ob künftig nicht auch über die Kommissionsarbeit des Landtages informiert wird, nachdem gerade dieser wichtige Teil der parlamentarischen Arbeit bislang unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand.

Die Fortschrittliche Bürgerpartei hat ihre künftige Arbeit für Liechtenstein auf die Basis eines breiten Mitspracherechtes gestellt. Was innerparteilich bereits realisiert ist (Herabsetzung des Wahlalters auf 17 Jahre, Heranziehung der Frau, Schaffung von Fachreferaten) soll im übertragenen Sinne auch auf staatlicher Ebene durchgeführt werden.

● **Die Mitwirkung und die Mitbestimmung kann vom Bürger aber nur dann gewünscht werden, wenn man bereit ist, ihn umfassend und frühzeitig zu informieren. Die hier dargelegten Forderungen nach einer besseren und breiteren Information sind durchführbar. Sie werden zu den ersten Postulaten gehören, die nach den Landtagswahlen einer gültigen Lösung zugeführt werden.**

